

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 6

Artikel: Wie die heutige Arbeit Unfrieden stiftet : Arbeitszeit-Freizeit-Freiheit
Autor: Gross, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340374>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wünscht sind, wird nicht einmal gestellt.

Also das alte Lied. Die SP weiss und fühlt zwar, dass auch in der Schweiz einiges in Bewegung geraten müsste, dass eben ein wirkliches Umdenken nötig wä-

re, damit der Tanker Schweiz den nötigen Schwenker vollziehen würde. Aber eine diesem Wissen und Gefühl entsprechende Diskussion führen will sie – oder zumindest die Parteileitung – offenbar nicht. Fast

scheint es, sie wolle den Pelz waschen, ohne ihn nass zu machen. Ich hoffe, die Delegierten für den Parteitag der SPS am 21. und 22. Juni rüsten sich gehörig mit Wasser aus.

Ruedi Winkler

Wie die heutige Arbeit Unfrieden stiftet

Arbeitszeit – Freizeit – Freiheit

Von Andreas Gross

Die Vermittlung, welche sowohl «Denken» und «Sein» lebendig macht wie beide im realen Dritten aufhebt, ist (. . .) der menschliche Arbeitsprozess (mit dem Gedanken als seinem wichtigen Instrument). Er ist, theoretisch durchdrungen, die erfasste Beziehung der Menschen zu Menschen und zur Natur.

Ernst Bloch, 1936

*

Weist uns diese These von Bloch die Richtung zu jener «Arbeit», die anders als die vorherrschende (Lohn-)Arbeit, welche täglich so sichtbar viel Unfrieden stiftet, in Form und Ergebnis weniger im Widerspruch steht zu dem, was wir Frieden nennen möchten? Ich bin mir nicht ganz sicher. Darüber nachzudenken lohnt sich aber bestimmt, und das möchte ich im folgenden versuchen. Unsicher bin ich, weil heute vieles die These des Sozialphilosophen Jürgen Habermas als plausibel erscheinen lässt, wonach «an ein Ende gelangt ist (. . .) jene Utopie, die sich in der Vergangenheit um das Potential der Arbeitsgesellschaft kristallisiert hat». Die «Energien der arbeitgesellschaftlichen Utopie», so meint Haber-

mas, seien «erschöpft». (1) Sehen wir einmal ab von der Frage, ob diese Gesellschaft nicht vielmehr deshalb so erschöpft scheint, weil sie vor lauter Arbeit keine Energien mehr aufzubringen weiss zum kollektiven Entwurf von Utopien. Schliesslich muss selbst ein Habermas feststellen: «Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus». Das wiederum gibt für die gegenwärtige Schweiz, sozusagen das Museum einer «Arbeitsgesellschaft», eine ungewollt treffliche Beschreibung ab. (2)

Schwierig ist der Umgang mit der scheinbar plausiblen These Habermas deswegen, weil alle bisherige Kenntnis dafür spricht, dass jede Gesellschaft dem Zwang unterliegt, «durch «Arbeit» in einen «Stoffwechsel mit der Natur» einzutreten und diesen Stoffwechsel so zu organisieren, dass seine Erträge für das physische Überleben der vergesellschafteten Menschen ausreichen kann» (3). Im Wie der Organisation dieses Stoffwechsels liegt doch der Kern des Problems, an dem keine Utopie vorbeikommt, nicht am Stoffwechsel an sich. Ohne dass zumindest angetönt wird, wie die Arbeit organisiert werden soll, welche Form sie im

Bei diesem Text handelt es sich um einen nur unwesentlich überarbeiteten und ergänzten Aufsatz zum Sammelband «Umfassende Friedenspolitik; utopische Zeichen für eine lebenswerte Zukunft», welcher vom Autorenkollektiv der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» herausgekommen ist (164 S. für Fr. 18.– beim GSoA-Sekretariat, Postfach 261, 8026 Zürich). Darin wird der offene Versuch unternommen zu verdeutlichen, was «Umfassende Friedenspolitik» zur Ablösung militaristischer und entsprechend ruinöser Konzepte von Sicherheit und Überleben konkret heissen könnte. Mein Text richtet sich denn auch an Menschen, die in keiner der verschiedenen aktuellen Debatten um die Krise der Linken oder der Zukunft der Arbeit heimisch sind, und mag deshalb bei solchen, die dies von sich behaupten, teilweise offene Türen einrennen. Ihnen mögen dafür die Bezüge zur Friedenspolitik und zur Gewalt mehr Anregungen bringen.

A.G.

allgemeinen und für jeden Menschen im besonderen bekommen, welche Bedeutung sie für die Struktur der Gesellschaft haben soll und kann, trifft uns der Vorwurf der «idealistischen Schwärmerei» zu Recht. In der Art, wie diese Fragen beantwortet werden, ist die friedensspezifische Bedeutung der Arbeit begründet: Die Antwort Frage, ob ihr eine friedensstiftende oder eine unfriedensschaffende Funktion zukommt. Ohne dass wir in dieser Hinsicht unsere Absichten verdeutlichen, können wir in der Gegenwart nicht richtungsweisend wirken. Insofern kommt an der Arbeit keine gesellschaftliche relevante Utopie vorbei, schon gar nicht eine, welche «umfassende Friedenspolitik» verwirklichen will. Und erst recht nicht in einer Zeit, in der in der Arbeitswelt derart fundamentale Veränderungen vollzogen werden wie gegenwärtig.

Um uns alle besser zu befähigen, diese konkrete Utopie annähernd zu verdeutlichen, was mit «detailliert ausmalen» nicht zu verwechseln ist, möchte ich die These vom friedensspezifisch bedeutsamen Potential der Arbeit erläutern. Ich möchte jene Zusammenhänge skizzenhaft darstellen, die für mich deutlich machen, weshalb die Arbeit, unser aller Arbeit, ihre Art, Dauer und Ergebnisse sowie die Umstände, in denen sie verwirklicht wird, bedeutsam sind für eine Friedenspolitik, die umfassend sein will und somit das Unfriedliche der herrschenden Zustände an der Wurzel packen, im besten Sinn des Wortes radikal sein muss.

1. Arbeit als Ausdruck von Abhängigkeit und Quelle von Ängsten

Die meisten Menschen schaffen sich in ihrer Arbeit heute ihre Existenzgrundlage. Mit einer Existenzgarantie ist dies freilich

nicht zu verwechseln. Kapitalismus lässt sich beinahe dadurch definieren, dass er jenen, die «nur» von ihrer Arbeit leben und deshalb lohnabhängig sind – auch wenn sie beschönigend «Arbeitnehmer» genannt werden –, keine Existenzgarantie gibt:

Ein Recht auf Arbeit wird höchstens in fortschrittlichen Verfassungen – in der Schweiz bloss in jener des Kantons Jura – proklamiert, real existiert es nicht. Schon gar kein Recht auf nützliche, sinnvolle, der persönlichen wie der gesellschaftlichen Entfaltung dienende Arbeit. Ebenso wenig gibt es bisher ein Recht auf sicheres Einkommen. Der Gedanke an ein gesichertes Minimaleinkommen, das nicht mit direkter Arbeitsleistung verbunden ist, gibt es auch erst in den Köpfen von jenen wenigen Menschen, die sich innovatives Denken noch nicht haben abgewöhnen lassen. (4) Die Angst gehört somit zu jeder Existenz, die von einem Unternehmer abhängig ist. Angst ist folglich Zentrum und Grundlage der Lebenswelt eines jeden und jeder Lohnabhängigen. (5) «Kein Kapitalismus ohne Angst» könnte man zusammenfassen. Frei nach Jean Jaurès: Angst gehört zum Kapitalismus wie der Donner zum Blitz. Jaurès verwandte dieses Bild für den Krieg (6). Die Übertragung rechtfertigt sich aber deshalb, weil Angst, vor allem künstlich geschaffene und projizierte Angst, Grundlage vieler Kriege war. Die zentralen gesellschaftlichen Quellen der alltäglichen und weit verbreiteten Angst bleiben aber vielen Leuten verborgen. Wenn sie ihnen an sich bewusst sind, so werden sie für sich verdrängt.

Gleiches wäre auch zu den ökologischen Gefahren und ihren Quellen zu sagen; erinnern wir uns in diesem Zusammenhang der Einleitung, wo Arbeit als Stoffwechsel mit der Natur de-

finiert wurde. Die ökologischen Gefahren könnten deshalb auch als zu intensiver «Stoffwechsel» mit der Natur bezeichnet werden, als zu viel «unnatürlicher» Arbeit. Insofern wäre also weniger Arbeit – oder mit anderen Worten mehr Musse – ein Beitrag zu mehr «Frieden mit der Natur», folglich zu mehr Frieden an sich. Denn «Krieg mit der Natur» fällt immer auch auf den Menschen als Teil der Natur zurück. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Je weniger den Menschen die Quellen ihrer Ängste bewusst werden dürfen – was zur Aufrechterhaltung gegenwärtiger Herrschaft zweckmässig ist –, um so mehr drängen sich aus dem Blickwinkel der Herrschenden fiktive Quellen auf, auf welche die Ängste «ungefährlich» projiziert werden können. Optimal wäre – immer aus der Sicht gegenwärtiger Herrschaft –, wenn diese Projektion sogar herrschaftsfördernde, beispielsweise ökonomisch profitable Wirkungen haben könnten, was mit «den Russen» als, so meine ich, mehr fiktive als reale Quelle für hiesige Ängste der Fall ist: Diese Angst stellt hiesige Herrschaft nicht in Frage, sondern hilft ihr ihr sogar jene Armee zu rechtfertigen, die aus ökonomischen und politischen Gründen der gegenwärtigen Herrschaft so wichtig ist.

Wo Angst ist, kann Frieden sich nicht einrichten. Wenn Kapitalismus ohne Angst aber nicht sein kann, verträgt dieser sich auch mit dem Frieden nicht. Das wollte eben der französische Sozialist Jean Jaurès mit seinem Bild zum Ausdruck bringen. Deswegen ist übrigens auch der Gedanke an ein von der Arbeitsleistung unabhängiges Grundeinkommen für alle tatsächlich subversiv: Die Angst als Mittel zur Herrschaft entfiere zu einem wesentlichen

Teil. Die Herrschaft hätte es hingegen weniger leicht, sich zu erhalten und zu reproduzieren. Zwei reale Möglichkeiten sind mit dieser Idee verbunden. Mit den Worten des Soziologen Oskar Negt: «Es wäre ein Schritt von der Zwangsarbeit als bloßem Lebensmittel zur Arbeit als bestimmendem Lebensbedürfnis. (. . .) Die Aufhebung der Arbeitsplatzängste, überhaupt der alltäglichen materiellen Existenzsorgen, eröffnet Chancen für die Ausdehnung der Arbeit auf politische und kulturelle, auf schöpferische Tätigkeitsfelder.» (7)

2. Das Arbeitsverhältnis als gewaltträchtige Beziehung

Angst und Abhängigkeit sind Spuren von Gewalt. Diese existiert überall, wo Menschen Verhältnisse antreffen, die ihnen das für sie gesellschaftlich Mögliche vorenthalten.

Für Oskar Negt ist «Arbeitslosigkeit ein Gewaltakt, ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften», die der Einzelne mühsam erworben hat. (8)

Diese Definition hat den Vorteil, dass sie einen Fragen lässt, ob nicht auch das Lohnarbeitsverhältnis in seiner gegenwärtigen, täglichen Achteinhalbstundenform ein Gewaltverhältnis ist. Oder fördert die Arbeit heute für alle Menschen etwa ihre seelisch-geistige Integrität, vermehrt sie ihre Fähigkeiten und die menschlichen Errungenschaften?

Arbeit müsste doch die zu Beginn dieses Aufsatzes von Ernst Bloch genannte Identität haben, damit sie kein Gewaltakt mehr darstellen, sondern befreiend und emanzipativ wirken würde. Davon sind die meisten von uns aber noch meilenweit

entfernt. Viele arbeitende Menschen erleben ihre tägliche Arbeit durchaus als tägliche Gewalt. Nur ist ihnen dies nicht direkt bewusst. Es zeigt sich aber, wenn sie infolge erlittener Gewalt voller Aggressivität nach Hause kommen und diese dann wiederum in Form von direkter oder indirekter Gewalt beispielsweise ihre Kinder zu spüren bekommen.

Weniger gewalttätige Arbeitsverhältnisse, die weniger einer quantitativen Rationalität wider die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen folgen würden, ermöglichten folglich vielen Menschen auch ausserhalb ihrer Arbeit friedvollere Lebensverhältnisse. Sie könnten vor allem auch vermehrt zu sich selber finden, müssten weniger flüchten und kompensieren. Sie hätten mehr Energie zur Auseinandersetzung mit der eigenen Situation, mit den Lebensverhältnissen ihrer Mitmenschen und könnten eher schöpferisch auf diese einwirken.

Solch weniger gewaltvolle Arbeitsverhältnisse sind die Ziele von Reformkonzeptionen, die sich bisher und in letzter Zeit leider wieder weniger um die Ideen der Selbstverwaltung und radikalen Mitbestimmung entwickelt haben. Ihnen ist gemeinsam, die absolute Vorherrschaft des Kapitals beziehungsweise dessen Vertretungen, im Betrieb zu überwinden, und statt dessen auch den Arbeitenden Selbstbestimmungsrechte zu garantieren, die ihnen erlauben, ihre Bedürfnisse und Kompetenzen gleichermaßen einzubringen. (9)

3. Sanfte Technologie statt destruktive Technik

In diesem Zusammenhang ist die Technologiefrage von zentraler Bedeutung. Die Entwicklung der Technik ist nicht natürlich, sondern erfolgt entsprechend den Prämissen und Ziel-

setzungen, die ihrer Entwicklung zugrundegelegt worden sind. Seit Jahrzehnten ist die Technologie vor allem auf die einseitige Produktivitätserhöhung angelegt, unbesehen der menschlichen, kulturellen und anderen Kosten, die sie mit sich bringt. Sie dient so mit extremer Arbeitsteilung und rationaler Arbeitsorganisation vorwiegend den Verwertungsinteressen des Kapitals. Inwiefern dieser Trend durchbrochen werden kann, ist eine der grossen offenen Fragen.

Es gibt wohl nach wie vor technische Entwicklungen, die unser Leben erleichtern und bereichern können. Inwiefern dies der Fall ist, sollte aber von jenen entschieden werden, die von dieser Technik betroffen werden. Die technische Entwicklung wie bisher ausschliesslich den Interessen der Kapitalverwertung und des «Marktes» bzw. militärisch-industrieller-staatlicher Bürokratien (beispielsweise was die Verteilung von Forschungsgeldern betrifft) anvertrauen, hiesse hingegen weiterhin mit immer mehr destruktiven Folgen dieser Art von Technik konfrontiert werden. Nicht im nachhinein sollen inskünftig politische Leitplanken zur Vermeidung negativer Folgen unkontrolliert entwickelter Techniken gesetzt werden müssen – was sich ohnehin in den meisten Fällen als illusorisch erwies –, sondern wesentliche technische Neuerungen müssen im vornherein auf ihre Menschen- und Umweltverträglichkeit geprüft und ihre breiten Entwicklungen davon abhängig gemacht werden. Solche Forderungen werden gerade hierzulande noch viel zu wenig entwickelt. Wir drohen an der Schwelle epochaler technischer Entwicklungen (biogenetische Entwicklungen, neue Medien usw.) in dieser Hinsicht einmal mehr zu spät zu kommen, was Reparaturen im nachhinein

schwierig bis unmöglich werden lassen. Was wir im Sinne eines sanften technischen Fortschritts wollen und befürworten oder als destruktive technische Unleistung ablehnen, muss weit mehr als bisher zu einer politischen Frage gemacht werden, über die politisch von uns allen entschieden wird mittels Verfahren, die ebenfalls erst zu diesem Zweck noch entwickelt werden müssen.

4. Die (Arbeits-)Zeit als Machtfaktor

«Macht hat, wer warten kann», hat Claus Offe gesagt und Oskar Negt fügte hinzu: «Nur der kann warten, der über die Zeit anderer verfügt» (10). Negt verallgemeinert zu Recht, wenn er bemerkt, Herrschaft liesse sich geradezu als Zwang zu einer bestimmten Zeiteinteilung definieren:

«Man kann Herrschaft geradezu so definieren, dass sie jederzeit imstande ist, die Regeln vorzugeben, nach denen die Menschen ihre Zeit aufzuteilen gezwungen sind und in welchen Räumen sie sich zu bewegen haben. Herrschaft besteht primär nicht in globalen Abhängigkeitsverhältnissen, sondern in der Detailorganisation von Raum- und Zeitteilen, die den einzelnen Menschen in seiner Lebenswelt wie in ein Korsett einspannen.» (11)

Die Organisationsform der täglichen Erwerbsarbeit, die Stellung des Arbeitenden im Betrieb sowie die Art, wie technische Fortschritte genutzt werden, sind wesentliche Faktoren, die das tägliche Zeitbudget der meisten von uns bestimmen. Über seine Zeit wirklich frei verfügen zu können, sie selber einteilen zu können, in dieser Einteilung selber Prioritäten setzen zu können, ist, wenn dadurch gleichzeitig auch die eigene existenzielle, hier im Sinne von finanzieller Existenz ver-

standen, Basis geschaffen werden kann, wohl das grösste Privileg, das gegenwärtig zu haben ist. Es wird letztlich wohl von den meisten als Privileg begriffen, weil beispielsweise viel Geld zu einer beglückenden Lebensstrukturierung dann nicht ausreicht, wenn die dazu nötige Zeit gleichzeitig fehlt. Lieber möglichst grosse Freiheit der eigenen Zeitbestimmung und Zeitverteilung bei genügend Geld wird heute von immer mehr Menschen der alten Maxime – möglichst viel Geld verdienen – vorgezogen. (12)

In der neueren Diskussion hat sich dazu der Begriff «Zeitsouveränität» etabliert. Zeitsouverän ist, wer tatsächlich über seine Zeit – 24 Stunden pro Tag, nicht nur 24 minus 8 Stunden Arbeit und sieben Stunden Schlaf – verfügen kann und dabei auch noch genügend verdient zum Lebensunterhalt. Zeitsouveränität bedeutet «das individuelle Recht und Vermögen zu mehr Disposition über die quantitative und/oder qualitative tägliche Zeiteinteilung» (13). Die Zeitsouveränität ist aber gleichzeitig möglicherweise jene Eigenschaft, die am unterschiedlichsten verteilt ist in der Gesellschaft. Entsprechend ungleicher Machtverteilung als Konsequenz von Herrschaft. Wobei als besonders stossend festzustellen ist, dass jene, die zu viel verdienen, zudem freier sind in der eigenen Zeiteinteilung – trotz etwelcher zwingender Rahmenbedingungen – als jene vielen Angestellten, die täglich achteinhalb Stunden molochen müssen, längere mühselige Arbeitswege haben und erst noch im Verhältnis zu den gegenwärtigen Mieten und Preisen knapp entlohnt werden.

Möglichst viel Zeitsouveränität für möglichst alle Menschen ist zwar ein altes Ziel, das erst in jüngster Zeit aber als besonders erstrebenswert wieder von vie-

len Menschen erkannt wird. Dies ist Ausdruck der Infragestellung der allzu langen Dominanz einseitig materieller Werte. Dass eine Souveränität ohne allgemeine materielle Absicherung keine ist, und dass auch auf dieser Ebene noch viel Ungleichheit herrscht, darf man dabei allerdings nicht vergessen.

5. Zeitsouveränität statt Zeitkäfig

Dass sich viele Menschen nach mehr Souveränität sehnen, zeigt der derzeit hohe ideologische Wert von Begriffen wie «Freiheit» – wie auch immer er verstanden wird – oder neuerdings in diesem Zusammenhang vom Begriff «Flexibilisierung der Arbeitszeit». Hier gilt es bekanntlich aufzupassen. Die Begriffe «Flexibilisierung» und «Zeitsouveränität» können nicht gleichgesetzt werden: Flexibilisierung kann zur höheren Zeitsouveränität beitragen, muss dies jedoch nicht notwendigerweise. Im Gegenteil, Flexibilisierung kann die soziale Stellung der Abhängigarbeitenden auch untergraben, beispielsweise wenn deren Konzipierung ausschliesslich den Unternehmerinteressen anheimgestellt bleibt: Diese wollen unter diesem populären Slogan vor allem ihre teuren Maschinen, Apparate und Einrichtungen 24 Stunden lang laufen lassen, um sie möglichst rasch und günstig amortisieren und abschreiben zu können. Dabei stört sie beispielsweise der gesetzlich geregelte Maximalarbeitstag von 44 Stunden in der Schweiz. Zur Erinnerung: in den USA beträgt er heute schon 35 Stunden, in der BRD neuerdings 38,5 Stunden! Sie wollen diesen «flexibler» handhaben, das heisst beispielsweise auch Frauen in Fabriken nachts arbeiten lassen, Dreischichtenbetriebe einführen usw. Unbesehen aller

gesundheitlichen, familiären, kulturellen Folgen, die «friedenspolitisch» – in einem umfassenden Sinn verstanden – aber höchst bedeutsam sein können.

Friedenspolitisch ist es wichtig, auf diese Zusammenhänge einzugehen, weil, wenn wir Frieden als möglichst viel Selbstbestimmtheit in einem solidarischen Zusammenhang verstehen, die Auflösung der Abhängigkeit der meisten Menschen von einer rigiden fremdbestimmten Zeiteinteilung absolut erstrangig ist. Die Menschen werden heute eigentlich über ihr Zeitbudget in einer Rationalität gefangen gehalten, die von anderen als den ihnen naheliegenden Bedürfnissen bestimmt ist. Einer, der aber in einem solchen Zeitkäfig lebt, ist unfähig auch in der sogenannten «Freizeit», die wegen ihrer Kürze und der Dominanz der «Un-Freizeit» (= Zeit für die Lohnarbeit) eben letztlich sehr wenig frei ist, wirklich sich selbst zu entfalten.

Ich habe diesen «Zeit-Faktor» auch deswegen sehr betont, weil die Möglichkeit Zeit zu haben, die Zeit frei einteilen und leben zu können, wesentliche Voraussetzungen zur Selbstfindung im umfassenden Sinne ist: Nur wer Zeit hat, weiss seine Interessen zu erkennen, nur wer Zeit hat, kann sich intensiv informieren, kann sich umschauen, kann diskutieren und offene Fragen klären, hat die Musse zur Reflexion – alles eminente soziale Friedensfaktoren; es herrscht so viel gesellschaftliche Gewalt und so viel Gewalt unter den Menschen, weil eben so wenige über die Möglichkeit verfügen, Zeit zu haben und frei nutzen zu können. Nur wenige können ruhen, um mit einem arabischen Sprichwort eine Voraussetzung gesellschaftlichen Friedens als Fähigkeit zu gewaltfreier Konfliktlösung zu benennen. (14)

Oskar Negt: «Vieles von der geistigen und materiellen Not, auf deren Beseitigung (manche) Utopien beharrten, hat sich heute, als aufhebbar erwiesen, wenn sie auch keineswegs bereits aufgehoben sind. Nur der von ihnen erhoffte Zeitgewinn, der die Menschen in ihren Gedanken und in ihrer Lebensführung für die wichtigsten kollektiven Angelegenheiten ihrer Gemeinwesen freimachen sollte, ist nicht eingetroffen. Geblieben ist die Zeitnot.» (15)

In diesem Zusammenhang der Zeitsouveränität ist besonders zu betonen, dass Frauen generell heute besonders benachteiligt sind, weil sie vielfach unsouverän sind. Die dreifache Belastung durch Haushalt, Mutterschaft und Beruf macht einen wesentlichen Grund der Diskriminierung von Frauen aus und hindert sie heute vielfach noch mehr als die Männer, sich zu finden und auch politisch aktiv zu werden.

Ich beschränke mich hier mit diesem Hinweis, weil dieser Aspekt in einem anderen Kapitel des Buches zur «Umfassenden Friedenspolitik» besonders herausgearbeitet wird.

6. Arbeit prägt das Leben schlechthin

Hans Saner spricht von der gegenwärtigen industriellen Arbeit als «Hauptort der Menschenverachtung» (16). Damit ist die Zentralität nicht nur der Arbeit bezüglich anderen Orten der Menschenverachtung betont, sondern auch für das Leben ausserhalb der Arbeit. Diese beschönigend «Freizeit» genannte Zeit ist in dem Mass nicht frei, in dem die Arbeit selber unfrei ist. Theodor Adorno hat zu diesem Thema ein eindrucksvolles kleines Essay geschrieben, in dem der Satz zu finden ist: «Die Menschen merken nicht, wie sehr sie dort, wo

sie am freiesten sich fühlen, Unfreie sind . . .» (17). Ökonomisch findet diese These ihre Begründung darin, als in der von Arbeit freien Zeit jene Arbeitskraft wiederhergestellt werden soll, die in der Arbeitszeit müde geworden ist. Insofern ist für viele «Freizeit» bloss Anhängsel der Arbeitszeit. «Freizeit ist an ihren Gegensatz gekettet» (Adorno).

Zwar suchen viele die «Musse», das «alte Privileg unbeengten Lebens». Jene, die tagtäglich chrampfen, vermögen aber trotz allem freizeitlichen Chrampf Musse nicht zu finden. Sie bleiben vom Chrampf befangen. Der Chrampf prägt die ganze Persönlichkeit, sie sind verkrampft. Die Hierarchie, die der einzelne im Betrieb antrifft, der absolute Zwang zur Unterordnung, die extreme Arbeitsteilung, die keinen Einblick in die Zielsetzung und den Nutzen der eigenen Arbeit bietet, prägen das Weltbild, die Einstellungen und die Art, wie Menschen einander begegnen. Wer täglich an der Arbeit nur Konkurrenten begegnet, kann auch ausserhalb der Arbeit keine Partner finden. Er erfährt andere als Gegner. Entsprechend kapselt er sich ab, statt mit anderen über gemeinsame Lasten und gemeinsame Auswege zu sprechen.

Die Prägungen durch die Arbeitsverhältnisse manifestieren sich auch in der Art, wie der Einzelne Frau und Kinder so zu behandeln pflegt, wie er selber beispielsweise von seinem Chef behandelt wird: Hierarchien bilden sich ab, Autorität pflanzt sich fort, der «autoritäre Charakter» dominiert.

Eine derartige Gefangenheit in der als absolut empfundenen Arbeit zeigt sich auch darin, wie in der Schweiz viele Menschen, auch «Büetzer» auf anderer Menschen reagieren, die ihnen fremd erscheinen: «Dä schaffet ja gar nüt» – mit die-

sem Hinweis wird die ganze Persönlichkeit des anderen erleuchtet. Nur wer chranpft wie ich, ist zur Mitsprache legitimiert. Diese lähmende Eigenheit versuchte die Jugendbewegung mit der Herausforderung zu karikieren: «Nur Affe schaffe», was die Betroffenen einander allerdings noch fremder werden liess.

Adorno meint sogar, dass Langeweile nur die Folge des «Lebens unter dem Zwang zur Arbeit und unter der rigorosen Arbeitsteilung» ist: «Sie müsste nicht sein. Wann immer das Verhalten in der freien Zeit wahrhaft autonom, von freien Menschen für sich selbst bestimmt ist, stellt Langeweile schwerlich sich ein. (. . .) Vermöchten die Menschen über sich und ihr Leben zu entscheiden, wären sie nicht ins Immergleiche eingespannt, so müssten sie sich nicht langweilen.» (18) Und dennoch wäre es wahrscheinlich falsch, die gegenwärtigen Freizeitverhalten ausschliesslich bloss als Kompensation und Flucht aus bedrückenden Arbeitserfahrungen zu sehen. Viele suchen gewiss und finden auch zum Teil in der Freizeit ihre Utopien, die sie auch in der Arbeit verwirklichen möchten. In der Freizeit erhalten sie sich noch jene Phantasie und eigenständige Kreativität am Leben, die in der Arbeit so bedroht ist. Diese Phantasie und Kreativität liesse sich aber unter Umständen auch wieder dafür verwenden, um die Arbeits- und Lebensverhältnisse insgesamt in unserem Sinn zu beeinflussen. Adorno: «Darin wird eine Chance zur Mündigkeit sichtbar, die schliesslich einmal zu ihrem Teil helfen könnte, dass Freizeit in Freiheit umspringt.» (19)

Getreu der Überzeugung, dass was von Menschen in einer als falsch erkannten Richtung geschaffen worden ist, von anderen Menschen auch wieder in ei-

ne andere Richtung verändert werden kann. Wobei ich mir durchaus bewusst bin, dass es Irreversibilitäten gibt, Dinge, die einmal getan, Folgen haben, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können (Atommüll, als eindruckliches Beispiel).

Doch dass in der Art, wie die kapitalistische Gesellschaft mit an der Arbeit unterdrückten Bedürfnissen der Menschen herrschaftsneutralisierend umzugehen weiss, nicht nur einige Teufelskreise begründet sind, sondern auch emanzipative Chancen liegen, darauf haben die beiden Sozialwissenschaftler Negt und Kluge aufmerksam gemacht. Bezogen auf die «Bewusstseinsindustrie» (Medien, Film, Kommerzmusik usw.) meinen sie, das Vorstellungsvermögen der Menschen werde zwar abgelenkt, zugleich aber doch reicher gemacht. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen nicht einzulösende Wünsche, die in eine Scheinwelt gedrängt werden, führen die Menschen eben doch über die bestehende Welt hinaus. Negt/Kluge weisen daraufhin, dass es unsere Aufgabe sein muss, jene illusionären Versprechen, nach Sinn und Sinnlichkeit, die eines jeden Wünsche sensibel spiegeln, aufzunehmen, ernstzunehmen und in autonomen Eigenaktivitäten sowie solidarischen Zusammenhängen statt in Scheinwelten abzuschieben in die tägliche Wirklichkeit zurückzuholen. (20) Das ist zwar ein hoher Anspruch, weist uns aber die Richtung, in der wir uns bemühen müssen.

7. Grenzen überwinden

Zwei Schlussbemerkungen sind mir zur Vermeidung von Idealismen wichtig:

Die Realisierung der materiellen Voraussetzungen eines humanen Lebens für viele Milliar-

den von Menschen bedeuten für diese Menschen – sollen sie in egalitären Gemeinschaften und nicht in Klassengesellschaften leben – auch und immer wieder mit Mühsal verbundene Zwänge. Dessen müssen wir uns bei allen Utopien bewusst bleiben. Es geht jedoch darum, die Last dieser Zwänge gleichermassen auf alle Menschen zu verteilen, so dass alle an den so geschaffenen Reichtümern teilhaben können. Wir sollten gemeinsam bestimmen, was wie nötig ist, und das dafür zu leistende, gerade weil dies nicht immer nur mit Lust verbunden sein kann, auf alle, denen dies möglich ist, verteilen.

Zweitens: Das Bild der «Inseln der Zukunft» ist uns gewiss sympathisch. Seine Berechtigung liegt darin, überall schon heute mit dem Morgen zu beginnen und nicht das Bessere auf morgen zu verschieben. Doch bezüglich Arbeit, Technik und Arbeitszeit werden Inseln, sollen sie mehr als bloss Privilegien für einige wenige sein, immer weniger möglich werden. Selbst die entsprechenden Selbstbestimmungsspielräume ganzer Nationalstaaten werden immer enger, von weltwirtschaftlichen Zwängen eingeschränkt, ja gänzlich erdrückt. Viele Völker sind heute in einem weltweiten Mechanismus gleichsam gefangen – dies gilt gerade auch für uns Europäer. Dies soll jedoch kein weiterer Grund zur Resignation sein, sondern ein Hinweis auf reale Schwierigkeiten, und die Notwendigkeit, weltweit zusammenzustehen, in globalen Zusammenhängen zu denken, auch wenn wir lokal, regional und national handeln müssen. Wenn einer irgendwo hungert, kann bei uns niemand wirklich frei sein. Wenn anderswo Ausbeutung herrscht, es «Billiglohnländer» gibt mit Arbeitern ohne elementare Gewerkschaftsrechte, dann bleibt auch

bei uns die Befreiung der Arbeit von Qual und Mühsal bloss Fiktion. Wir kommen nicht darum herum, uns der Grösse unserer Aufgabe bewusst zu sein – um an ihr wachsen zu können.

Anmerkungen:

(1) Jürgen Habermas, «Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien», in: ders., Die Neue Unübersichtlichkeit, es 1321, 1985, S. 145 und 157.

(2) Fred Willener, Professor für Soziologie der Arbeit an der Uni Lausanne, dessen Teilzeit-Assistent ich nach wie vor sein kann und ohne dessen Anregungen aus vielen Gesprächen ich diesen Text nicht hätte schreiben können, paraphrasierte in seinem Referat zum diesjährigen Soziologentag am 17. Oktober in Zürich («Ou va le travail humain?») die dahendorfsche (Buch-)Titelfrage «Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?» in die m.E. richtigere und gehaltvollere Frage «Geht nicht viel mehr der Arbeitsgesellschaft die Gesellschaft aus?»

(3) Claus Offe, «Arbeitsgesellschaft», Campus, 1984, S. 13.

(4) In einer Arbeitsgruppe am in Anmerkung zwei erwähnten Soziologenkongress vertrat ich gemeinsam mit Fred

Willener die These: «Garantiertes Minimaleinkommen als notwendige Utopie: Im Gegen zur «relativen Flexibilisierung» bedeutete die Einführung eines garantierten Minimaleinkommens für alle eine «radikale Flexibilisierung», die dank der daraus folgenden Abkoppelung von Arbeit und Lohn möglicherweise ein höheres subversives Potential in sich birgt, als selbst die «Schweiz ohne Arme». Drastische Arbeitszeitverkürzung in Beziehung mit der Einführung eines garantierten Minimaleinkommens für alle dürften heute die Grundlage bieten für den Umgang mit der Zeit auf der Höhe der Zeit.

(5) Eine zweite Quelle systemerhaltender Angst ist die Rechtlosigkeit des Mieters und somit die Art, wie diese Gesellschaft mit einem anderen zentralen Grundbedürfnis aller Menschen, dem Wohnen, umgeht.

(6) Jaurès sagte, der Krieg gehörte zum Kapitalismus wie der Blitz zum Gewitter.

(7) Oskar Negt, «Lebendige Arbeit, enteignete Zeit», Campus, 1984, S. 214 und 217

(8) Ebenda S. 8.

(9) «Ungleichheit in den modernen kapitalistischen Gesellschaften ist nicht nur eine des Einkommens und des sozialen Status, die durch Sozialpolitik und institutionalisierte Chancengleichheit kompensiert werden kann, sondern wesentlich eine klassenbedingte Ungleichheit an 'development power', an der Möglichkeit menschliche Fähigkeiten zu entfalten und realisieren.»

Walter Euchner in der Einleitung zu C.B. McPherson, Demokratietheorie, Beck, 1977, S. 14.

(10) Negt, S. 20.

(11) ebenda S. 21.

(12) Trotz diesem «Wertewandel» in Teilen der Gesellschaft möchte ich aber der modischen These von der «postindustriellen Gesellschaft» widersprechen und denke, dass der Begriff der «durch-industrialisierten Gesellschaft», die gegenwärtigen Realitäten eher trifft. Fred Willener vertrat kürzlich in ähnlichem Sinn und mit höchst anregenden Verweisen auf die gegenwärtige Esskultur – «fast food» – und gegenwärtige Musik-Rhythmen die These «Notre société est omni-industrielle».

(13) H. Wiesenthal, Themenraub und falsche Allgemeinheiten, in: T. Schmid, Das Ende der starren Zeit, Wagenbach, 1985, S. 13.

(14) Ähnliche Thesen mit mehr historischen und ökonomischen Bezügen vertritt Jakob Tanner in seinem Artikel «Modern Times und Arbeiterkultur» (WIDERSPRUCH, Nr. 6, Nov. 83).

(15) Negt, S. 24.

(16) Hans Saner, Vom Leiden an der Arbeit, in: Hoffnung und Gewalt, Zur Ferne des Friedens, Lenos, 1982, S. 21.

(17) Theodor Adorno, Freizeit, in: Stichworte, es 347, 1969, S. 60.

(18) ebenda S. 62.

(19) ebenda S. 67.

(20) Negt/Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung, es 639, 1972, S. 286 ff.

Die «Baustein-Praxis» des Bundesamtes für Polizeiwesen

Im Zweifel gegen Flüchtlinge

Von Jürg Meyer, Basel

Im Zweifel wird heute im Asylverfahren gegen den Flüchtling entschieden. Die meisten abgewiesenen Flüchtlinge werden dabei in ihr Herkunftsland zurückgeschoben, wenn sie kein aufnahmewilliges Drittland finden. Dies ist das Fazit der gegenwärtigen Asylpolitik. Nach der zweiten Revision des Asylgesetzes, die nun von den eidgenössischen Räten behandelt wird, kann die Aufnahme «bei ausserordentlich grossem Zustrom» auch eindeutigen Flüchtlingen verweigert werden. Das Asylverfahren soll

noch summarischer werden, als es heute schon ist. So droht in noch verschärftem Masse Fließbandjustiz auf Kosten elementarster rechtsstaatlicher Prinzipien.

«Der Gesuchsteller macht geltend, er sei als Angehöriger der kurdischen Minorität in der Türkei zahlreichen Kontrollen durch die Gendarmerie ausgesetzt gewesen. Die Militärs hätten oft nach Waffen gesucht und so die kurdische Bevölkerung unterdrückt und häufig geschlagen. Dass die Kurden in der Türkei zahlreichen Benach-

teilungen ausgesetzt sind, soll hier nicht in Abrede gestellt werden. Von der Anwesenheit der Ordnungskräfte und deren Kontrollen ist jedoch die ganze Bevölkerung in gleichem Masse betroffen. Die Bezugnahme auf die allgemeine Situation, in der sich die kurdische Bevölkerung in der Türkei befindet, genügt für sich allein zur Gewährung des Asyls nicht. Die schweizerische Asylpraxis ist bis anhin immer davon ausgegangen, dass im Falle der Kurden nur derjenige im Sinne des Asylgesetzes als Verfolgter angesehen wer-